

Medienmitteilung

10. April 2024

Diskriminierungsbericht 2023: Sprunghafte Zunahme der antisemitischen Vorfälle

Im Diskriminierungsbericht 2023 der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus und der GMS Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz findet sich eine umfassende Analyse der jährlichen Diskriminierungsfälle in der Schweiz. Der Bericht zeigt eine sprunghafte Zunahme der antisemitischen Vorfälle nach dem Angriff der Hamas und dem nachfolgenden Krieg in Gaza auf. Damit einher geht eine zunehmende Sichtbarkeit allgemein diskriminierender Taten sowie von Hassreden. Die 98 registrierten Vorfälle von 2023 entsprechen einer Zunahme von mehr als der Hälfte im Vergleich zum Vorjahr.

Diese Zuspitzung mündete im Frühjahr dieses Jahres in physischen Attacken gegen Minderheiten, wie die antisemitische Attacke von Zürich-Selnau und die antimuslimische Attacke in Bad Ragaz zeigten. Solche Attacken mit diskriminierenden Motiven bedrohen die ganze Gesellschaft, weil sie grundlegende Werte wie Toleranz, Respekt und Vielfalt untergraben. Eine Verrohung des gesellschaftlichen Dialogs fand im Berichtsjahr auch durch eine rechtspopulistische Wahlkampagne statt. Mit fremdenfeindlicher Rhetorik reproduzierte eine Partei Vorurteile gegenüber als anders empfundenen Personen. Das erschwert die Akzeptanz von Minderheiten und schürt Hass und Ablehnung gegenüber einer pluralistischen Gesellschaft.

«Die Schweizer Demokratie muss energisch gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus vorgehen. Nur so kann der liberale Gedanke einer offenen Gesellschaft verteidigt werden. Gefragt ist ein breiter Ansatz von Massnahmen in der Bildung sowie die Stärkung des nationalen Bewusstseins und der gesellschaftlichen Resilienz im Kampf gegen diese Phänomene.»

Philip Bessermann, Geschäftsleiter GRA

Neben viel Grundlagenarbeit in Gesellschaft und Bildung sind auch die Bundesbehörden gefragt, einen angemessenen Rahmen für den Kampf gegen Diskriminierung zu schaffen. Dazu gehören die Schaffung gesetzlicher Grundlagen gegen die Verwendung extremistischer Symbole sowie erhöhte Ressourcen für ein umfassendes nationales Monitoring über das Zusammenleben in der Schweiz.

Jetzt sind Konzepte gefragt, die Solidarität über Grenzen hinweg ermöglichen. Im Gespräch erklärt Hannan Salamat von der Stiftung ZIID, dem Zürcher Institut für interreligiösen Dialog, das Konzept des *Verbündet-Seins als Form politischer Freundschaft*, «bei der die Anliegen anderer zu persönlichen Anliegen werden», und erklärt: «Die zugewiesene Position oder die eingenommene Rolle rückt in den Hintergrund, während das gemeinsame Ziel einer Gesellschaft, die gerechter für alle ist, in den Vordergrund tritt.» Dies helfe, aus festgelegten Rollen auszubrechen und könne «im Kampf gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus wirkmächtig sein und uns aus einer selektiven Solidarität, die zu viele Leerstellen hinterlässt, rausholen».

Die GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus setzt sich für die Menschenrechte und die Erhaltung der Demokratie schweizerischer Prägung ein. Die GRA steht für Toleranz und gegen jegliche Art der rassistisch motivierten Diskriminierung: <https://www.gra.ch/>

Kontakt für Rückfragen:

Philip Bessermann, Geschäftsleiter GRA: +41 78 666 21 51, p.bessermann@gra.ch

Hintergrundinformationen zum Bericht

Der Bericht enthält eine Analyse rassistischer und diskriminierender Vorfälle, die fortlaufend in den Medien überwacht werden und in unserer Chronologie aufgeführt sind. Zudem finden Sie eine Analyse der rassistischen Meldungen, die die Stiftung GRA im Jahr 2023 direkt erhalten und separat ausgewertet haben.

Die Grundlage der Chronologie ist seit ihrer Entstehung 1992 der Tatbestand der Diskriminierungsstrafnorm Art. 261bis Strafgesetzbuch (StGB). Dieser wurde in den letzten Jahrzehnten sukzessiv erweitert. Zuletzt, um Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung zu erfassen.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Berichtsdokument.